

Kinderbetreuung - Freie Träger in Nöten. Palmer: Wer in Tübingen studiert, aber in Gomaringen oder Dußlingen wohnt, hat wenig von einem Kita-Platz am Wohnort

»Klare Verhältnisse schaffen«

KREIS TÜBINGEN. Droht Kindergärten das Aus, wenn die Kommunen keine Zuschüsse leisten? Sind freie Träger in akuter Not? Der Tübinger Landtags-Abgeordnete Boris Palmer (Grüne) verfolgt die Situation an der Kinder-Tagesstätte (Kita) des Studentenwerks in der Wilhelmstraße und auch am Tübinger Waldorfkindergarten mit Besorgnis.

Palmer hält ein Gesetz für überfällig, das die Finanzierung solcher Einrichtungen regelt, die von Kindern aus unterschiedlichen Gemeinden besucht werden. Die Grünen im Landtag haben dies seit zwei Jahren wiederholt kritisiert, als das Gesetz über die Kommunalisierung der Kinderbetreuung eingebracht wurde.

Palmer hat in Gesprächen mit Bürgermeistern und freien Trägern festgestellt: Die Gemeinden verweigern die Zahlungen an Träger in anderen Kommunen mit dem Hinweis, dass in ihren eigenen Einrichtungen noch ausreichend Platz sei. »Wer in Tübingen studiert, aber in Gomaringen oder Dußlingen wohnt, hat wenig von einem Kita-Platz am Wohnort«, kritisierte der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer diese Form von Sparsamkeit.

Damit ist er nicht allein. CDU und FDP haben einen Beschluss gefasst, der die Kommunen ultimativ auffordert, Kinderbetreuungs-Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet zu finanzieren. Sollte dies bis zum Herbst nicht gelingen, drohe eine gesetzliche Regelung. Palmer: »Das würde klare Verhältnisse schaffen und Bürokratie abbauen.« (GEA)